

# Presseinformation

**BUND Naturschutz in Bayern e.V.**

**Ortsgruppe Frankenwald Ost**

Bad Steben-Berg-Geroldsgrün-Issigau-Lichtenberg-Naila-Selbitz-Schwarzenbach a.W.



**lfd. Nr.:** PI-069-2023 (2-Seiten) 22.02.2023  
**Sperrfrist:** keine  
**V.i.S.d.P.:** Pressereferent der Ortsgruppe  
Leonhard Crasser  
**für Rückfragen:** eMail: familie@crasser.eu  
Tel: 09282/39238  
Mobil: 0160/90948741  
Belegexemplar erbeten

## Klage soll auf die Sprünge helfen

**BUND verklagt die Bundesregierung wegen Nichteinhaltung der Klimaziele**

Die Ortsgruppe Frankenwald Ost des BUND Naturschutz in Bayern e.V. begrüßt ausdrücklich die BUND-Klage beim Oberverwaltungsgericht Berlin gegen die Bundesregierung. Das eigens beschlossene Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) mit festgeschriebenen Treibhausgas-Sektorzielen, so auch für Verkehr und Gebäude ist eine Nullnummer. Beide Sektoren haben nicht nur die Ziele verfehlt, sondern sogar den Ausstoß klimaschädlicher Gase im Reduktionszeitraum noch erhöht. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hatte zuvor die Bundesregierung aufgefordert, ein wirksames Sofortprogramm aufzulegen, wie es im Klimaschutzgesetz §8 für solche Fälle vorgesehen ist. Die Frist dazu verstrich jedoch tatenlos. Das Ziel des Gesetzes, bis 2030 die Emissionen um 65% zu reduzieren, wird so zur Illusion. Dabei würden sogar einfache Maßnahmen, die nichts kosten, Abhilfe schaffen: Ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen ist eines von vielen effektiven aber ungeliebten Beispielen, wie es gehen kann. So wird das Klimaziel im Verkehrssektor bis zum Jahre 2030 wohl

insgesamt um 270 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> überschritten. Dieses Klimagas CO<sub>2</sub> wiegt 1,95 kg pro Kubikmeter und ist mit einem Anteil in unserer Luft mit 0,04% vertreten. Was die erschreckende Relation, der sonst nichtssagenden Ausstoßmengen, verdeutlicht.

Die Sektoren Energiewirtschaft, Industrie und Landwirtschaft konnten zumindest Ihre Ausstoßmengen reduzieren, im Gebäude- und Verkehrssektor stiegen diese jedoch dagegen noch an. Mit fatalen Folgen: Die Erreichung der Reduktion in den Folgejahren, sowie des Gesamtziels werden damit immer schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich.

Den berechtigten Interessen der jungen und auch der noch nicht geborenen Generationen wird mittlerweile ein Recht auf eine lebenswerte Zukunft höchsttrichterlich zugestanden. Wenn nun nicht endlich auch die gesetzgebende Gewalt im Staat, also unsere gewählten Politiker, angemessen tätig werden, bleibt nur der Rechtsweg, um hier endlich voranzukommen.

Aber auch jeder Einzelne von uns, kann und muss seinen Reduktionsbeitrag leisten. Freiwillig 120km/h auf der Autobahn. Keine Abgasschleudern (SUV) mehr kaufen. Fährt so ein SUV nur 1 Stunde mit Vollast auf der Autobahn, belastet er die Umwelt nicht nur mit CO<sub>2</sub>, sondern mit so viel Wärmeausstoß, dass man damit im Winter ein Einfamilienwohnhaus 4 Tage wohlig warm heizen könnte.

- Ende der PI -